

Volkszeitung

Halle'sche Neueste Nachrichten, Handelsblatt für Mitteldeutschland

Die Halle-Zeitung erscheint wöchentlich dreimal als Halbblatt. Die Bezugsgebühr beträgt in Stadt und Land sowie durch die Post bei freier Zustellung monatlich M. 12.00, in den Postgebieten abgesehen M. 11.00 monatlich. Die nächstgrößeren Postgebühren-Zeile kostet im Ortsverkehr M. 1.50, im auswärtsigen Verkehr M. 1.50. Postwegen die Halbmeter-Zeile M. 4.00 im Ortsverkehr und 5.00 im auswärtsigen Verkehr. Postgebühren: Über ihre nachmittags.

Geschäfts-Verbindungen: Halle a. S., Neue Dromadenstraße 1a und Große Brauhausstraße 17. Fernsprecher-Hauptzentrale: Commel-Nummern 1140 und 1142. Einzel-Geschäftsstelle: Markt 24. Druck-Verfahren: „Gesellschaft Halle'sche“. Druck-Verfahren: Banhaus Reichshof-Druckerei, Halle a. S. Postfach-Nummer: Leipzig 22215. Verlagsort und Verlagsfirma: Halle a. S. Die Halle-Zeitung ist nur bis zum 30. eines jeden Monats zum Schluss des laufenden Monats zulässig.

Annahme des Reichsmieten-Gesetzes.

Reichstag, 172. Sitzung.

Halle, 3. Februar.

Das Haus erledigt zunächst eine Reihe kleinerer Anträge, die meist ohne allgemeines Interesse sind.

Auf eine Anfrage wegen der durch die Brotpreiserhöhung verursachten Not der Lohn-, Gehalts- und Rentener Empfänger sowie der erwerbsunfähigen Rentner wird regierungsmäßig erklärt, daß Maßnahmen zur Linderung der Not im Gange seien.

Auf eine weitere Anfrage wegen der noch immer nicht erfolgten Auszahlung der im Vorjahre bewilligten 100 Millionen für notleidende kleine Rentner, erklärt die Regierung, die Auszahlung sei Ende der Linderung.

Es folgt die dritte Lesung des Reichsmietengesetzes. Im allgemeinen werden die Bestimmungen der zweiten Lesung angenommen. Beim anschließenden Paragrafen 10 über die Festsetzung der Mieten erfolgt die Annahme im Gesamtergebnis mit 183 gegen 182 Stimmen. Die Rechte stimmt geschlossen gegen, für den Paragrafen stimmt das Zentrum und die Demokraten stimmen geteilt. Nach einem Zentrumsantrag wird ein Gesetz angenommen, wonach das Gesetz am 1. Juli 1922 außer Kraft tritt. (Sündhaftigkeiten auf den Tribünen.)

Der Präsident droht im Wiederholungsstunde mit Räumung der Tribünen. Vor der namentlichen Abstimmung geben die Parteien nochmals Erklärungen ab.

Abg. Feldmann (R.) erklärt unter stürmischer Beifriede, daß seine Partei, trotz aller Wohlwollen des Gesetzes für das Gesetz stimmen würde, ebenso Abg. Zander für die kommunistische Arbeitsgemeinschaft.

Abg. Bestien (D. V.) spricht sich gegen das Gesetz aus, das gegen die Grundprinzipien der Vertragsfreiheit verstoße. Auch die Haltung der Kommunisten sei für seine Partei ausflagelnd. Abg. Kubitz (USG.) erklärt, der Antrag des Zentrums sei

eine Drohung gegen Treue und Glauben. Trotzdem werde seine Partei für das Gesetz stimmen.

Das Gesetz wird mit 202 gegen 168 Stimmen angenommen. Ein Stimmzettel war ungenügend.

Das Gesetz über vorübergehende Reichsverordnungen im Hinblick auf das Saargebiet wird in nochmaliger Abstimmung angenommen.

Der kommunistische Antrag auf Rückgängigmachung der Auslieferung der Wähler des spanischen Ministerpräsidenten wird abgelehnt. Es folgt die Weiterberatung des Reichsmietengesetzes. Die Entschiedenheit des Hauses wird angenommen. Der Antrag Bestien (D. V.) auf Aufhebung des Reichsmietengesetzes wird abgelehnt.

In der Einzelberatung spricht Abg. Dr. Dienbed (Dn.) über die Konjunkturen, die die Deutschen Werke dem selbständigen Danwerter machen.

Abg. Dr. Bauer erklärt diese Klage für unbegründet. Der Etat des Reichsaufwands wird bewilligt. Es folgt die Beratung des Gesetzes über die Aufhebung des Reichsmietengesetzes.

Abg. Kiedmüller (SoS.) hält eine Aufhebung des Reichsmietengesetzes zurzeit für ungewiss. Wir hätten allen Anlaß, den Wiederaufbau zu fördern und dadurch den uns in Frankreich gegenüberstehenden Staat zum Schweigen zu bringen, der durch den Anblick der vermüllten Gegenden immer wieder gemüht wird. Schuld an den Schwierigkeiten, die uns die Franzosen machen, ist nur der französische Kapitalismus.

Nach einer Erklärung eines Regierungserzetzers über die Verhältnisse des Reichsaufwands zum Reichsfinanzministerium erklärt Abg. Daub (D. V.) ebenfalls, daß an eine Aufhebung dieses Ministeriums nicht zu denken sei. Es müßte vielmehr vollkommen schrittweise gemacht und vom Reichsfinanzministerium losgelöst werden. Der Vorschlag einer Danksagung an Angehörige einzelner Teile des Ministeriums an andere Verwaltungsorgane nimmt er an.

Dr. Dienbed (D. V.) wünscht, daß recht bald wieder ein Minister an die Spitze des Reichsaufwandsministeriums tritt. Redner verlangt eine bessere Berücksichtigung des Sammelwerts bei der Berechnung der Wiederaufbaukosten.

Morgen nachmittag Weiterberatung, außerdem keine Vorlagen.

Die Befoldungsfrage im Beamtenauschuss.

Die gleitende Lohnskala.

Der Beamtenauschuss des Reichstages beriet am Freitag, wie der parlamentarische Mitarbeiter der „Dena“ es führt, die Frage einer automatischen Anpassung des Beamtenlohns an den Geldwert. Zur Unterdrückung dieser Frage war ein Unterschuß eingeleitet worden, der einstimmig die Einführung einer gleitenden Gehaltskala zu einem möglichst frühen Termin empfahl. In Einzelheiten hat sich der Unterschuß dagegen noch nicht einigen können.

Ministerialrat Kühnemann bot, den Ausschuss zum 8. März mit der Tagesordnung: Mitteilung des Reichsfinanzministeriums über den Stand der Befoldungsfrage einzuladen. Die Vorlage über eine Neuordnung der Grundgehälter der Beamten, so führte der Ministerialrat weiter aus, werde so früh erfolgen, daß ihre Inkraftsetzung zum kommenden 1. April möglich sei. Die Einführung einer gleitenden Skala bis zu demselben Termin würde sich aber nicht ermöglichen lassen. Das Reichsfinanzministerium sei der Ansicht, daß die Einführung einer gleitenden Skala nur dann möglich sei, wenn sie zugleich auch für die Arbeiter und Angestellten der Reichsverwaltung erfolge. Die Verhandlungen über diese Frage mit den Gewerkschaften seien auf den 10. März angelegt. Der Ausschuss beschloß nach längerer Debatte, einen Meinungsaustausch darüber herbeizuführen, wie sich die Fraktionen des Reichstages zu der Frage der gleitenden Gehaltskala stellen.

Vorbildung der Lokomotivführer.

Der Reichstag hat eine Verordnung über die Wenderung der Bestimmungen betreffend die Befähigung von Eisenbahnbetriebs- und Polizeibeamten angenommen. Danach soll die Möglichkeit gegeben werden, daß zur Anstellung als Lokomotivführer in Zukunft anstelle der einschlägigen Befähigung als Hauptwarter auch eine zweijährige Befähigung bei der Unterhaltung und Instandhaltung von Lokomotiven und außerdem eine einjährige Tätigkeit als Lokomotivführer ausreichen soll.

Die Demokraten und das Steuerkompromiß.

Nachdem die Abgeordneten der Deutschen Volkspartei wiederholt erklärt hatten, daß sie in den Ausschussberatungen am Steuerkompromiß teilnehmen würden, sind neuerdings von anderen Kompromißparteiern Verträge gemacht worden, nachträglich noch bedeutungsvolle Veränderungen an den festgelegten Mitgliedern des Kompromißes durchzuführen. Die Demokraten verhalten sich allen diesen Verhandlungen gegenüber durchaus ablehnend. Sie wollen auch dort am Kompromiß teilnehmen, wo es Bestimmungen enthält, die sie früher bekämpft haben. Sie werden gelegentlich aus da noch Veränderungsvorschläge

machen oder zulassen, wo es sich um Bestimmungen handelt, die im Kompromiß nicht berücksichtigt waren.

Von dieser grundsätzlichen Haltung aus ist auch ihre Stellung zur Zwangsanleihe klar. Sie waren früher nicht mit ihr einverstanden; sie sind sie aber das Kompromiß mit der Zwangsanleihe einmal angenommen haben, sind sie jetzt auch entschlossen, die Zwangsanleihe durchzuführen zu helfen. Falls sich kein anderer praktisch gangbarer Weg dafür finden sollte, würden sie bereit sein, einem Vermittlungsvorschlag zuzustimmen, daß die Zwangsanleihe zunächst auf Grund der Reichsnotopferverordnung vorläufig eingeschlagen wird, wobei die Regierung weitgehende Vollmachten für Befragungen und Änderungen erhalten müßte, um etwaige Härten zu vermeiden. Würden indessen bessere Vorschläge gemacht, so wird die demokratische Reichstagsfraktion nicht eigenhändig an jenem Vermittlungsweg festhalten.

Petersen über „Nationale Politik und Parteien“.

In einer vom demokratischen Kreisverband München veranstalteten und sehr hoch beachteten öffentlichen Versammlung sprach der Vorkämpfer der Deutschen Demokratischen Partei, Senator Dr. Petersen, über „Nationale Politik und Parteien“.

Unter scharfer Herausarbeitung der Gegensätze zwischen der sozialen Verbandspolitik Bismarcks und der Geschäftspolitik Bismarcks I. erklärte der Redner, daß nächste, kluge, nationale Politik und heute mehr denn je nötig sei. Inwieweit die Selbstschaffen der ganzen Welt unter dem Eindruck der Schulblase gegen uns aufgewühlt wurden. Die Monarchen seien dahin gegangen, weil sie in eigener Kraftlosigkeit und im Wohlwollen der Reichsparteien das politische System nicht rechtzeitig ausgebaut hatten. Die neue Staatsform sei gekommen als der einzig mögliche Ausweg aus dem Zusammenbruch. In einer Zeit wie der heutigen dürfe unter keinen Umständen die Parteipolitik über die nationale Politik gestellt werden; in Fragen der nationalen Ehre des Reiches verlange das Volk, im Reichstag in erster Linie Deutsche zu sehen und nicht Parteipolitiker. Vor allem die Fragen der auswärtigen Politik dürfen nicht mit parteipolitischer Eingeherigkeit befaßt werden. Diese Politik hätten wir gegenüber der Zukunft, aber auch gegenüber den Toten des Weltkrieges.

Der Vortragende, bei dessen Schlusswort es zu einer stürmischen Auseinandersetzung zwischen einem Sozialisten und einem deutschnationalen Hochheuser kam, fand härtesten Beifall.

Ausnahmetarif für Karoffeln.

Mit Rücksicht auf die hohen Karoffelpreise haben die Reichsratsausschüsse in Einvernehmen mit einem Vertreter des Reichsverkehrministeriums beschlossen, die Reichsregierung zu ersuchen, zugunsten der Karoffelproduktion mit möglichst frühzeitiger Wirkung einen vorläufigen Ausnahmetarif für Karoffeln bis zum 30. 9. einzuführen.

Sprechende Zahlen.

Von Dr. Hermann Paßnide, M. d. R.

In die Geheimnisse des Haushaltsplanes dringen nur wenige ein. Die Zahl der Renner wird sich noch verringern, nachdem die Bildung des Etats eine andere geworden ist als früher. Neuerdings werden von der Allgemeinen Reichsverwaltung die Betriebsverwaltungen abgetrennt, und als dritter Teil erscheint der Etat für die Ausführung des Friedensvertrags. Zwischen diesen drei Teilen besteht aber wiederum eine Verflechtung, der man mit großer Aufmerksamkeit nachgehen muß, wenn man die Fäden nicht verlieren will.

Für die Allgemeine Reichsverwaltung ist ein Ueberfluß von 16,5 Milliarden ausgerechnet. Nach den bisher gemachten Erfahrungen der Vergangenheit und den bereits jetzt hervorgetretenen Tendenzen der Zukunft wird dieser Ueberfluß bis zu Ende des Finanzjahres, also bis zum 31. März 1922 verschwunden sein und einem Fehlbetrag Platz gemacht haben. Denn die Ausgaben des ordentlichen Haushalts, die auf 56,7 Milliarden geschätzt sind, erhöhen sich in rasanten Sprüngen für das Finanzjahr 1921, das nunmehr seinem Ende entgegen geht, sind nicht weniger als fünf Budgetjahre eingebracht worden, durch welche sich der ursprüngliche auf 33 Milliarden geschätzte Gesamtbetrag zuletzt auf 172 Milliarden erhöht hat. Viehnichts ist für 1922 mit höchster Wahrscheinlichkeit zu erwarten.

Schon jetzt weiß man, daß die angeforderten Gehalts-erhöhungen bereits am 1. April 1922 in Kraft treten sollen. Da es sich dabei um eine Steigerung der Grundgehälter handelt, in den ersten sechs Gruppen vielleicht bis zu 2000 Mark und nachher bis zur zwölften Gruppe auslaufend, so kommen Milliardenbeträge in Frage, die den jetzt für Gehaltszwecke aufzuwendenden 50 Milliarden hinzutreten. Die Aufwendungen für die Verbilligung des Brotgetreides hören allmählich auf; es ist für diesen Zweck nur noch eine einzige Milliarde eingestell. Aber wenn denn aber, ob diese Summe ausreicht, ob nicht eine weitere Steigerung der Ausgabepreise eintritt, die uns zu Ueberforderungen des Etatvoranschlags nötigen, wie solche ja auch im Vorjahre erfolgt sind! Nicht zu ihrem vollen Betrag sind die Entschädigungen für die Auslandsdeutschen eingestell. Die gestellten Forderungen belaufen sich auf etwa 100 Milliarden Mark. Streicht man hiermit mit Rücksicht auf die Not des Reiches einen auch noch so erheblichen Teil ab, so bleiben doch Milliardenresten übrig, die den Etat auf das schwerste belasten. Bisher sind Vorschläge gemacht, sobald aber erst die Ausführungsvorbereitungen für die Entschädigungsgesetze herausgenommen sind, werden die Summen endgültig fällig. Rechnet man dazu die Entschädigungen, die das Reich für die vermutlich 1450 Milliarden betragenden Sachleistungen an die Erzeuger zu zahlen hat, so ergeben sich Summen, die ins Hundertfache gehen.

Was die Betriebsverwaltung betrifft, so ist ebenfalls gemäß, ob der Vorschlag den erwähnten Verhältnissen entsprechen wird. Die deutsche Reichsbahn rechnet mit 71,9 Milliarden Betriebseinnahmen und ebenfalls fortzubehaltenen Ausgaben, die Post mit 18,2 Milliarden auf der Einnahme- und Ausgabe Seite. Ob indes tatsächlich so viele Einnahmen erzielt werden, darf bezweifelt werden. Nicht jede Erhöhung der Gebühren bedeutet eine entsprechende Mehrerinnahme. Bei der Post ist der Briefverkehr infolge der ungeschicklichen Tarif-herabsetzung wesentlich zurückgegangen, und auch bei der Eisenbahn dürfte bald der Punkt erreicht sein, wo der Rückgang wenigstens des Personenverkehrs beginnt. Danach dürfte das Schlußergebnis dem Vorschlag recht unähnlich sein.

Nur der dritte Teil des Etats, die Ausführung des Friedensvertrags wird voraussichtlich zuletzt niedrigere Ziffern aufweisen. Die 171 Milliarden setzen sich aus den Ziffern zusammen, die nach dem Vertrag von Versailles und dem Zahlungsplan des Londoner Ultimatus errechnet und aus Anleihenmitteln zu bestreiten sind. Der Fehlbetrag kann aber seine Forderungen nicht aufrecht erhalten, wenn er Deutschland nicht verderben will. Er muß in Ermäßigung stattfinden, wird uns die Antwort der Reparationskommission auf unseren Reformplan zeigen, die demnach zu erwarten ist. In jedem Falle bleiben Summen übrig, die unsere Zahlungsfähigkeit bei weitem übersteigen.

Der Haushaltsauschuss verfuhr bei dieser Sachlage, Ersparnisse zu machen, wo er nur immer kann. Aber hier sind Grenzen gesetzt durch das sachliche Bedürfnis. Bei dem Heeres-etal, der 3,3 Milliarden kostet, ist wenig zu sparen, ebenso wenig an den Versorgungsüberflüssen von 10,7 Milliarden. Die Zinsen für die Reichsschuld mit 28 Milliarden stehen fest, die Zuschüsse für die Sozialversicherung gleichfalls. Die Steuererhöhungen an die Länder und Gemeinden sind um 6,1 Milliarden auf 22,5 erhöht und würden, wenn es nach den Wünschen der Empfänger ginge, eher eine Erhöhung als eine Verminderung erfahren. Viehnichts stehen die Dinge auf anderen Gebieten.

Der Haushaltsausfluß mußte sich deshalb bisher in der Hauptsache damit begnügen, Beamtenstellen zu streichen, und hat hier den Nachstoß infolge angeleitet. Der finanzielle Effekt dieser Streichungen ist indes verschwindend im Vergleich zu den Resten, welche übrig bleiben. In Defizitsumme sind etwa nur 103 Millionen vorhanden; den Rest liefert die Notenpresse. So bleibt die Inflation mit allen ihren üblen Folgen auf absehbarer Zeit beschränkt.

Die deutsche Abwanderung aus Ost- und Westpreußen.

Nach der neuesten polnischen Statistik sind aus den an Polen abgetretenen ehemals preussischen Landesteilen nicht weniger als 545 000 Menschen, namentlich aus den Ostteilen ausgewandert, so daß in Polen statt früher 42 Prozent Deutscher 6 1/2 Prozent, in Graubünden statt 80 nur noch 28 Prozent wohnen geblieben sind.

So sehr man begreifen kann, daß die Deutschen die polnische Wirtschaft und die polnischen Ländereien nicht ertragen können, so mißverständlich wäre es im Interesse des Deutschen gemein, wenn sie allen Umständen getrotzt und im Bande geblieben wären.

Deutsche als Epistel der Franzosen!

Unter der Ueberschrift „Deutsche Epistel in französischen Diensten“ melden die Münchener Neuesten Nachrichten, die französische Wehrmacht in der Pfalz hat eine große Anzahl von Episteln in den Dienst gestellt, um die politische Meinung der deutschen Bevölkerung auszufragen. Letztere geben sich auch geborene Deutsche dazu her, ihre eigenen Landesleute bei den Franzosen zu denunzieren. Manche davon scheinen sich der Niederträchtigkeit ihres Gemeinwehres gar nicht bemüht zu sein oder ihre Schamlosigkeit ist so hübsch, daß sie sich sogar der Gemeinheit rühmen. Ein rekrutierter sich französischer Epistel aus aus französischen Elbisch-Bohringen. Ein jetzt in Groß Geran rekrutierter französischer Gen darm dient seit neun Jahren bei dem 115. Infanterie-Regiment in Darmstadt. Im Pfalz sind ebenfalls mehrere frühere deutsche Unteroffiziere, geborene Elbisch-Bohringer als Gen darm tätig.

Keine freien Lernmittel.

Der Bildungsausschuß des Reichstages beschäftigte sich mit der Unentgeltlichkeit des Unterrichts und der Lernmittel. Staatssekretär Schulz teilte mit, daß das Reich nicht in der Lage ist, Zuschüsse hierzu zu leisten. Das Reichsministerium des Innern könne daher keinen Druck auf die Durchführung des Artikels 145 der Reichsverfassung ausüben.

Der Antrag Sowerbein (U.S.P.), die Unentgeltlichkeit von Unterrichts- und Lernmitteln in den Volksschulen und Fortbildungsanstalten gemäß Artikel 145 der Reichsverfassung gesetzlich durchzuführen, wurde abgelehnt. Dagegen wurde einstimmig ein von den Deutschen, der Deutschen Volkspartei, dem Zentrum und Demokraten gestellter Antrag angenommen, dem sich auch die Reichsvereinsparteien angeschlossen, die Reichsregierung zu ersuchen, den Kindern Weisheiten zu gewähren, damit für unermittelte und einberbreitete Familien Lernmittel frei oder doch verbilligt beschafft werden können.

Die Weiterberatung des Umsatzsteuergesetzes

Keine Befreiung der landwirtschaftlichen Genossenschaften von der Umsatzsteuer. — Neue Liste der luxussteuerpflichtigen Gegenstände.

Der Reichstagsauschuß für Steuerfragen hat am Freitag die Novelle zum Umsatzsteuergesetz weiter beraten und zunächst den § 3a geteilt, der die teilweise Zurücksetzung der Steuer für gemeinwirtschaftliche Betriebe vorsieht. Der Auschuß hatte diese Bestimmung in der ersten Lesung der Regierungsvorlage hingeseigt. Nach wie vor sind Reich, Länder und Gemeinden und Gemeindeverbände wegen der Schlichtstoffe, Gas, Elektrizität und Wasserwerke von der Steuer befreit.

Das Steuerkompromiß gab dann Anlaß zu einer außerordentlich lebhaften Debatte, und zwar führte die Wiederholung der Beratung über den jetzt nur noch von den Vertretern der Deutschen Volkspartei und der Deutschen Nationalen

Vollpartei aufrecht erhaltenen Antrag, der in beschränktem Umfang Befreiungen über die Befreiung der landwirtschaftlichen Genossenschaften von der Umsatzsteuer enthält, zu der angeregten Diskussion, an der sich Abg. Dr. Beder (D. V. P.), Bernheim (Soz.), Dr. Fischer-Rohr (Dem.), Emminger (Soz. V. P.), Herold (Ztr.) beteiligten. Die Abmündung führte endlich dazu, daß dieser Antrag gegen die 7 Stimmen der Vollparteieller und 6 Deutschnationalen Vollpartei abgelehnt wurde.

Ein weiterer Antrag auf Vereinfachung des Verfahrens für die Anerkennung gemeinnütziger und wohltätiger Unternehmungen entsprechend einem Vorstoß des Reichsfinanzhofes fand dagegen Annahme. Insofern wird die in der ersten Lesung herbeigeführte Entscheidung über die Steuerliche Befreiung der Genossenschaften auf Beschluß des Ausschusses in Kraft kommen. Die Vorschrift, wonach die Anzeigungsvermittler befristet sind, der Berechnung der Umsatzsteuer lediglich die Vermittlungsgebühr zugrunde zu legen, wurde gemäß einem Antrag Dr. Fischer-Rohr angenommen und dahin erweitert, daß sie rückwirkend vom 1. Januar 1922 in Kraft tritt. Verschiedene Anträge, die die Befreiung der Luxussteuer verlangten, weil sie der Dualitätsarbeit im Wege stehen, sind vom Ausschuß abgelehnt worden. Dagegen wurde ein Antrag angenommen, der fordert, daß die Bestimmungen über die Abgrenzung der luxussteuerpflichtigen Gegenstände neu zu fassen sind. Die Liste der luxussteuerpflichtigen Gegenstände soll völlig umgearbeitet u. vereinfacht werden sowie eine weitestgehende Einigung erlangen. Dabei sollen hochwertige Kunst, in denen sich die geistliche deutsche Arbeit offenbart, besonders geschützt werden. Sollte es nicht möglich sein, die neue Fassung bis zum 1. Oktober 1922 dem Reichstag zu unterbreiten, dann werden die Vorschriften der §§ 15—24 außer Kraft treten.

Die interalliierte Rheinlands-Kommission

teilte dem Reichstag am Freitag ein Gesetzentwurf mit, daß, nachdem der leitende Ausschluß vom 10. Januar ab nicht mehr die ihm zuzurechnenden Zahlungen reinnimmt, sie vielmehr an die deutschen Zollstellen abführt, er auch nach dem 15. Januar keine Rückzahlung mehr leistet, welcher Art auch die vorgebrachten Beweismittel seien. Sondern werden alle noch unerledigten Forderungen an das interalliierte Zollkomitee auf ordnungsmäßigem Wege an die zuständigen deutschen Behörden gerichtet werden müssen.

Die Krise in England.

Die politische Lage bleibt unklar. Viele führende Politiker haben ihre Verabredungen für Ende der Woche rückgängig gemacht und bleiben in London. Das Interesse richtet sich jetzt auf die angekündigte Rede Chamberlains in Oxford, worin er, wie man erwartet, die Lage der Koalition von Koalitionsstandpunkte aus beleuchten wird. Daffin Chronicle sagt, es hänge viel von dieser Rede ab, der es vielleicht gelingen werde, die Reihen der Koalition wieder zu schließen und die gegenwärtige Krise zu beilegen.

In politischen Kreisen herrscht gestern große Tätigkeit. Zahlreiche in den einflussreichen Mitgliedern der verschiedenen Gruppen in wichtige Besprechungen statt. Doch ist der Ernst der Lage in keiner Weise vermindert. Lord George erschien kurze Zeit im Reichstag. Den zentralen Stelle wird erklärt, daß die unionistische Wähler in London internationalen eine von nationaler Standpunkt aus die Aufrechterhaltung der Koalition in jeder Beziehung notwendig halten. Balfour werde in einer Rede, die er am Dienstag in der City hielt n. w. nachdrücklich für diese Ansicht eintreten, doch wurde bis jetzt n. k. kein Mittel angegeben, wie man den weitgehenden Meinungsunterschied zwischen den unionistischen Männern und einem großen Teil ihrer Anhänger überbrücken könnte.

Englisches Unterhaus.

Eine Anfrage von Gratton Douglas über die angelegten Pläne der Regierung, den früheren deutschen Kaiser und den deutschen Kriegsschuldigen den Prozeß zu machen, wurde von der Regierung nur mit dem Hinweis auf frühere Antworten bei ähnlichen Fragen beantwortet. In Erwiderung auf weitere Fragen wiederholte Lord George sein Versprechen,

daß dem Parlament Gelegenheit gegeben werde, die Bedingungen des englisch-französischen Abkommens zu erörtern, die England in Verbindung mit diesem Abkommen itzende welche Verpflichtungen eingebe.

Die Geneser Konferenz.

Italiens richte an den italienischen Außenminister eine Depesche, in der er sein Entsetzen über die kritische Vertagung der Konferenz von Genoa ausdrückt, die hierfür angeführten Gründe (die italienische Ministerkrise) als ungenügend erachtet, auf die Schwierigkeiten verweist, die die Zusammenberufung der Delegierten oft aus den entferntesten Orten Italiens verursacht und vorschlägt, die Konferenz endgültig für den 23. März einzuberufen. Er fordert eine Verfrühung der Wochen vorher. Eine Abschrift der Depesche ließ Italiens richte dem britischen Außenminister überreichen.

Argentinien und Brasilien haben an Italien das Ersuchen gerichtet, an der Konferenz in Genoa teilzunehmen. Die italienische Regierung hat diesen Antrag an die argentinischen Regierungen weitergegeben.

Deutsches Reich.

Der Reichspräsident richte gestern an den Vorsitzenden der Gesellschaft der Freunde der Frankfurter Goethe-Museum ein Dankschreiben, in dem er sagt, die Frankfurter Goethehochzeit wird ihm stets eine besondere wertvolle Erinnerung bleiben. Er hoffe, daß es gelinge, das Geburtshaus des Größten unseres Volkes auf ewige Zeiten baulich zu sichern und zu erhalten. Um sein herzlichste Interesse drückt die Tat zu beweisen, ordnete er an, daß aus dem Dispositionsfonds eine Spende von 10 000 Mark überwiesen werde.

Bei Frau Ebert hat am Donnerstag ein Empfang für die in Berlin beglaubigten Boten der Reichsminister und des Reichstages sowie die Reichsminister des Auswärtigen und des Innern stattgefunden.

Bischof von Rom Nachfolger, Weihbischof Bronemann, wachen ist zum Bischof von Trier gewählt worden.

Anträge auf Freigabe von Mecklen und Nassau nach dem deutsch-englischen Abkommen bis zum 6. April in London eingegangen. Anträge müssen dabei bis zum 1. April um 6 Uhr bei der Deutschen Botschaft in London eingeleitet sein.

Die Saarregierung hat sich trotz des Widerstands der Saarländer Behörde nicht gekümmert, in den Schulen den französischen Unterricht einzuführen, der zwar als „sakular“ bezeichnet wird, in Wirklichkeit aber nicht sakular ist, weil er nicht außerhalb der schulpflichtigen Unterrichtszeit erteilt wird. Die Schuldeputation der Stadt Saarbrücken hat ihr Bestreben über die Art der Einführung kurz vor Schluß des Schuljahres ohne Änderung der beherrschenden Organe ausgesprochen und die politischen Parteien haben sich einstimmig dem Beschluß angeschlossen, da die Verordnung, die ohne Änderung der gewählten Vertreter des Volkes erlassen wurde, gegen den Friedensvertrag verstoße.

Die deutsche Reichsregierung hat 20 Prozent der Reichsverschuldung für italienische Kaufleute genehmigt, die zum Besch der Messe eingeladen und mit Ausweiserte Leipziger Reichstag verfahren sind.

Zur Flucht des Oberlandesgerichts Richter. Gegen den Vorsteher des Oberlandesgerichts in Rumburg, aus dem der Oberland z. S. A. D. Richter entwichen ist und der deshalb sofort seines Postens entbunden worden war, ist durch Beschluß des Oberlandesgerichts in Rumburg vom 15. Febr. das förmliche Disziplinarverfahren eingeleitet worden.

Der bekannte Berliner Bankier Hugo Herzfeld ist in einem Dresdener Hotel Donnerstag nacht einem Schlaganfall erlegen.

Der Geschäftsinhaber der Disconto-Gesellschaft Hermann Waller ist gestorben.

Von der Frankfurter Goethe-Woche.

Das Goethe-Haus war in Gefahr. Mächtig flatterte das rote Bandhörnchen hoch: Im Gebälk nistet der Schwamm! Frankfurter, Deutsche, reitet über Heiligheim! Und es eliten neben den Frankfurter Würgern die Staatsmänner herbei, es kamen die Dichter, zu lesen, darzutan zugleich, was ihnen Goethe bezeugt, der Dichter, der Deutsche der Europäer, der Mensch. Denn dies ist es ja, daß Goethe über sein Dichten hinaus mehr als irgend ein anderer Feitrag, Deutschland zu Deutschland zu machen, es kulturell zu einigen, es kulturell nach außen hin zu repräsentieren, daß er mehr tat als alle andere, den Begriff des guten Europäers zu mehr zu machen als eben einen Begriff und daß er, als Mensch, über alles hinaus, in der heiligsten Ehrlichkeit vor sich und anderen, sein Leben zu seinem vollendeten Kunstwerk formte und eine Unterwelt des Geistes errang, wie sie seit der Renaissance keiner mehr erreicht hatte, wie sie in Zukunft noch keinem mehr beschließen ein wird. Grund genug, daß das Haus, in dem er, der Heilige aller Sterblichen, schmarz zur Welt kam und in dem er die großen, schwarzen Augen aufschlug, die alles Licht der Welt trinkten sollten, daß dies Haus mehr sei als ein Dichter-Geburts-haus, sondern vielmehr ein Heiligtum, ein Tempel.

Nun lohtet gleich die Reparatur und die Unterhaltung dieses Hauses sehr betrüßliche Samen. Aber es war doch nicht recht nach dem Sinne der Frankfurter, daß die sozialisierenden und etwas laute Mission ins Werk gesetzt wurde: ein Wort aus beruhenden Runden hätte genügt in der Stadt selbst in wenigen Stunden die nötigen Gelder zu sammeln, ja, wir kennen einen Frankfurter, d. h. hätte man sich an ihn gewandt, gerne bereit gewesen wäre, die Mittel allein aus eigener Tasche zu stellen. — Wie ist dem nun aber ist! In der nächsten sich Montag die repräsentativen Stellen der Goethe-Woche in der würdigen festlichen Festaal des „Welterneums“, den die schöne Goethe-Licht von Rumpf stierte, die Woche zu weihen. Der Heilige, geniale, blonde Kopf Frölich von Harzbe Halle neben den weltberühmten Gelehrten der Dichters Wohnung und Thomas Mann und neben ihnen standen die Minister und Obersten. Und es war kein Zufall und lang wie eine Trauer, wenn aus der kleinen Festungsbastion des Vorhanges des kleinen

der Goethefreunde, des Justizrats Dr. Burghold, die Vergebung sprach für das Europaerium des Dichters, der Weltfrömmigkeit über Hausfrömmigkeit gestellt habe in feier Bewußtheit der kulturellen Weltbewegung Deutschlands und die Freude über jenen edlen Franzosen, der in diesen Tagen lagen durfte: Ulrich Goethe. Und wieder lang hat die Hoffnung aus der würdigen Rede des Kultusministers Reichel, da sie ausmündete in das: „Auf freiem Grund ein freies Volk.“

Was aber die Gedanken noch lange schließt, das war die Sammlung von Autographen und Zeichnungen Goethes, die Dr. Wohl vom Weimarer Goethehaus aus dortigen und Privatbesitz in Wittrinen ausbreitet hatte und die, betrachtet man sie aufmerksam, den Eindruck gibt, es sei zu Goethes autobiographischen Bildungsromanen noch etc. weiter genommen und kein unentworfenes.

Aber ein jedes Museum vertritt mit diesem Goethe zu höchsten Ja, selbst der Weltmarkt zeigt, was eine Sammlung von Goetheplänen. Das Edelste ist ein Inkrustat vereint Gemälde und Graphik aus Goethes Zeit, was da am meisten selbst, das sind die entzündenden Skizze, Cypriodis, die den Franzosen an Grazie war nachsehen, nicht aber an Klarheit der Linie und Zeichnung. Im „Historischen Museum“ steht die alte wäntliche Reichstags wieder auf, da selbst ganz besonders das berühmte und schöne Blatt von Merian.

Je doch geben die theatralischen Festvorstellungen den Veranstaltungen die würdige Weisheit und den wirtlichen Glanz. Unmäßig zu sagen, daß der Ertrag der Festauführungen, ebenso wie die Eintrittsgelder der Museumbesucher, dem Goethe-Haus zufließen.

So ertraute denn der erste wohl, mächtige Abend am Montagabend im Opernhaus. Dieser Abend war erfüllt von dem Dreiflang Hauptmann, Beethoven, Goethe. Hund gab der Riesentrommler wie in Friedenszeiten sein goldenes Licht über das festlich-ernst gefestete Auditorium, in der früheren Fackelzüge sehen der Reichspräsident und seine Minister neben den Dichtern, die Führer des Volks neben den Wissenschaftlern und den Vertretern des Reichs, nicht in früheren Zeiten, da die Künstler von der Reichsstadt handpöhl in die Lage besahen worden. War schon der höchste, lampenleuchtende Mann trüblich besahigt worden, der die Nation

repräsentiert, so wurde Jubel, als der Reichsminister Ritter, selbst aus der Literatur und dem Journalistenstand gekommen, die Zuhörerhaft aus der Lage mit seiner großen, schönen Stimme begrüßte, als „Brüder im Glanz, Arbeit, genossen in der Hoffnung, daß Goethes Fadel einst allem Volk leuchten werde“, als er schloß: „Lang lebe Frankfurt! Lang lebe die Kunst! Lang lebe das Vaterland!“ Und nicht neben sollte der Jubel, als Gerhart Hauptmann, dessen mächtiges weltumarmtes Haupt immer mehr, immer verblühender dem des alternden Goethe leucht, auf der Bühne erschien. Er sprach von der einenden Kraft der Kunst, in gehämmerten Worten, von der Bedeutung der Namen Goethe und Schiller für das Deutschland der Welt, von dem Ernst einer solchen Festlichkeit, wie sie die Festspiele seien, von der Volkstümlichkeit Goethes und seiner Dichtung, da nach Räthern, die hohe Wunderblume aus dem Volke dem frechtlichen indogenischen Feldern die Gloriole reiche, von der Erhabenheit der Altes, die wählten, mit Feuer und Schwert Menschen zu bändigen und doch nur das Gegenteil erreichten, von ihrem grauenhaften Irrtum und von dem Gegen, den das Frankfurter Nationaltheater ausströmen müsse. Dann erklang die Gmunt-Ouverture, unentworfener Jubel über die den Tod begleitende Freiheit und Liebe. Gmunt aber schritt im „dämonischen Licht“ über die Bretter, wer hätte ihn hinherrigen, lebenswürdigen, lommiger zu spielen vermocht als Carl Ebert; dem blutigen Altes fiel ein allzuweites Opfer, das umbrachte diesen Tod Ritzgens innige Gefühl, Beethoven mit überüberragende Träne, Bragmanns Inventionen, die Hände der Schauspieler machten dies Spiel zur würdigen Festlichkeit. — Der nächste Abend zeigte — als Zwischenstück gewissermaßen, nicht als Festspiel, — den jungen revolutionären Goethe und ließ den Trost des Titanen „Prometheus“ am Himmel donnern, aber er zeigte auch den späteren Goethe, den die Liebe zu Frau von Stein erzebrt, in dem tränenreicheren Spiel von den „Schwärmern“, das von Ebert, Taube und Fräulein Wolf so tollend abgemittelt gespielt wurde, wie man nur im Frankfurter Schauspielhaus spielen kann. Die Entlassung hatte der recht sehr verdiente Schauspieler Richter. — Eine akademische Feler in der Universität hat Thomas Mann Gelegenheit, in sehr lohnender Weise die Katalina Goethe Tochter zu leben,